

Eine Klarstellung zur AfD-Facebook-Seite

(Von E. Noldus.)

Der AfD-Kreisverband Oberhausen hat seine seit nahezu fünf Jahren betriebene Facebook-Seite abgeschaltet. Dieser Schritt war notwendig geworden, weil die vom zweiten Kreissprecher Herrn P. geführte Seite technischen Sicherheitsstandards nicht mehr genügte.

Herr P. hatte seine ganze Mühe darauf verwandt, einen möglichst großen Leserkreis anzusprechen und darüber technische Aspekte vernachlässigt. Ihm war nicht bewußt, mit welchen Mitteln man den Zugriff auf die Seite (etwa durch Beschränkung der Kommentarfunktion) steuern konnte. Mit dem Anwachsen der Nutzerzahlen und der Beiträge wurde es für ihn immer schwieriger, unsachgemäße oder unstatthafte Kommentare zu löschen.

In einem WAZ-Artikel vom 28. 2. 2020 hat Frau Nadine Gewehr aus nicht gelöschten Kommentaren dieser Art abzuleiten versucht, der Kreisverband identifiziere sich damit. Das ist durch den Pressereferenten, Herrn K., anlässlich einer Anfrage von Frau Gewehr bereits am 20. Februar entschieden zurückgewiesen worden.

Dessen ungeachtet mahnte der NRW-Landesverband am 29. Februar völlig zu recht die Löschung der beanstandeten Kommentare an, was von Herrn P. mit dem Hinweis auf die technische Undurchführbarkeit wiederholt abgelehnt wurde.

Das Angebot, die Seite mit einem zweiten Berater weiterzuführen, lehnte Herr P. ab. Aus diesem Grunde wurde ihm am 2. März durch den Vorstand die Verfügung über die Facebook-Seite entzogen. In diesem Zusammenhang erhob Herr P. massive Vorwürfe gegen den Vorstand insgesamt und besonders gegen den Pressereferenten in äußerst unsachlicher Form.

Diese durch nichts gerechtfertigten Vorwürfe führten zum Rücktritt von Herrn K. und zu seinem Austritt aus der AfD. Das wiederum veranlaßte den Vorstand, die Mitglieder des Kreisverbandes über die Einzelheiten der Vorgänge aufzuklären und Herrn P. den Rücktritt von seinem Vorstandsposten nahezu legen. Herr P. zog es vor, aus der AfD auszutreten.

Am 7. März behauptete Herr Peter Szymaniak in der WAZ in dem für ihn typischen Stil:

„Die durch beleidigende und menschenfeindliche Äußerungen, Fake-News-Weiterverbreitungen und Kommentierungen aufgefallene Facebook-Seite des AfD-Kreisverbandes Oberhausen existiert nicht mehr.“

Grundsätzlich halten wir fest:

- Der Kreisverband hat niemals „beleidigende und menschenfeindliche Äußerungen“ auf seiner Facebook-Seite wissentlich geduldet.
- Richtig ist, daß es Nutzerkommentare zu einzelnen Beiträgen gab, die niveaulos und beleidigend waren. Die oben dargestellten Vorgänge beweisen, daß sich der Kreisverband niemals damit identifiziert hat.

In der Stellungnahme zum Artikel von Frau Gewehr hat der Kreisverband auf die dort erhobenen Vorwürfe in einem sachlichen Ton geantwortet. Er hat damit den von Frau Gewehr weitgehend geübten Verzicht auf polemische Kommentare anerkannt.

Im Gegensatz dazu sticht die Zusammenfassung der AfD-Stellungnahme durch Herrn Szymaniak am 7. März in der WAZ durch ihren manipulativen Charakter und ihre billige Polemik hervor. In der Stellungnahme heißt es:

„Frau Gewehr führt dann eine Studie zur Darstellung von Kriminalität in AfD-Pressemitteilungen an. Den damit in Zusammenhang gebrachten Vorwurf, die AfD-Facebook-Seite schüre systematisch Angst vor Zuwanderern, indem sie schwerpunktmäßig über Straftaten von Zuwanderern berichte, kann man erheben.

Wir wollen an dieser Stelle nur fragen, von wem die Willkommenskultur in der Kölner Silvester-Nacht 2015/16 erledigt worden ist. Seitdem dauert eine immer noch unentschiedene Debatte über zwei Grundfragen an:

- Soll man regelmäßig die Nationalität eines Straftäters / Verdächtigen benennen oder nicht?
- Wie sollen in der Polizeistatistik Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten erfaßt werden?

Von daher ist bei allen Studien und Untersuchungen eine wichtige Frage, wie man „deutsch“ bzw. „nichtdeutsch“ definiert. Wir als Kreisverband sehen Facebook-Debatten über Ausländerkriminalität mit durchaus gemischten Gefühlen. Es scheint allerdings so zu sein, daß darin eine gewisse Ventilfunktion liegt, mit den Begleitumständen (das bezieht sich nicht allein auf Kriminalität) überhaupt einer im wesentlichen unkontrollierten Zuwanderung umzugehen.“

In der Zusammenfassung von Herrn Szymaniak wird daraus:

„Nach Erwähnung der in unserem Bericht aufgeführten Hamburger und Leipziger Studie zur übertriebenen Darstellung von Kriminalität in AfD-Pressemitteilungen folgt ein erstaunlicher Satz, **der allerdings danach abgeschwächt wird, um die Schuld Flüchtlingen zuzuschreiben:** „Den Vorwurf, die AfD-Facebook-Seite schüre systematisch Angst vor Zuwanderern, indem sie schwerpunktmäßig über Straftaten von Zuwanderern berichtet, kann man erheben. Wir wollen an dieser Stelle nur fragen, von wem die Willkommenskultur in der Kölner Silvester-Nacht 2015/16 erledigt worden ist?“

Der Kreisverband sehe Facebook-Debatten über Ausländerkriminalität „durchaus mit gemischten Gefühlen“ – **und hat wiederum eine merkwürdige Schuld-haben-die-Anderen-Erklärung dafür, dass Debatten über Ausländer zunehmend rassistisch und menschenverachtend verlaufen.** „Es scheint allerdings so zu sein, daß darin eine gewisse Ventilfunktion liegt, mit den Begleitumständen (das bezieht sich nicht allein auf Kriminalität) überhaupt einer im wesentlichen unkontrollierten Zuwanderung umzugehen.“ Dieser Satz enthält mindestens eine falsche Behauptung: Unkontrolliert ist die Zuwanderung nach Deutschland angesichts vielfältiger Asyl- und Einwanderungsregelungen mit zahllosen Gerichtsverfahren eben nicht.“

Wir stellen hierzu fest:

- Herr Szymaniak unterschlägt den Lesern, daß es hier nicht um eine imaginäre Schuld von Flüchtlingen geht. Es geht vielmehr darum, daß die WAZ zu denjenigen Medien gehört, die ganz bewußt systematisch die Herkunft von ausländischen Tatverdächtigen verschweigt. Durch diese Manipulationen untergräbt die WAZ ihre eigene Glaubwürdigkeit.
- Der Kreisverband hat weder erklärt noch begründet, warum „Debatten über Ausländer zunehmend rassistisch und menschenverachtend verlaufen.“ Dieses ist eine durch nichts gerechtfertigte Unterstellung durch Herrn Szymaniak.

Es ist jedenfalls die Ansicht des NRW-Innenminister Reul (CDU), daß das planmäßige Unterschlagen der ausländischen Herkunft von Straftätern, wie das etwa die WAZ betreibt, langfristig das Ver-

trauen in die Politik beschädigt. Aus diesem Grunde plädiert Reul für einen Kurswechsel. In diesem Sinne ist in der Stellungnahme von „Ventilfunktion“ die Rede.

In der zweiten Augushälfte 2019 hat die WAZ mehrfach ausführlich zu diesem Thema berichtet und auch Leserzuschriften veröffentlicht, die überwiegend Herrn Reul zustimmten.

Geradezu lächerlich ist die von Herr Szymaniak aufgestellte Behauptung, die Zuwanderung nach Deutschland sei angesichts vielfältiger Asyl- und Einwanderungsregelungen mit zahllosen Gerichtsverfahren „eben nicht“ unkontrolliert.

Miguel Sanchez hat am 13. 10. 2018 in einem WAZ-Interview den Ex-Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Hans Jürgen Papier, ausführlich über den Zustand des Rechtsstaates in der BRD befragt. Papier stellte fest:

„Unsere Gesellschaft wird vorrangig zusammengehalten durch die uneingeschränkte Unterwerfung unter die Herrschaft des Rechts. Und die ist leider nicht mehr durchgehend gewährleistet.“

Auf die Frage von Herrn Sanchez, woran er das festmache, antwortete Papier:

„Es gibt seit Jahren eine Diskrepanz zwischen dem, was geltendes Recht gebietet oder verbietet, und dem, was in Deutschland und Europa tatsächlich praktiziert wird. Auf den Gebieten Migration und Asyl wird das am deutlichsten. Illegale Zuwanderung nach Deutschland erfolgt nach wie vor – wenn auch nicht in dem Ausmaß wie 2015. Gesetzliche Ausreisepflichten von Personen ohne einen aufenthaltsrechtlichen Status werden vielfach noch immer nicht durchgesetzt.“

Es ist weiter bezeichnend, daß Herr Szymaniak wichtige Teile der Stellungnahme vollkommen unterschlägt. So sind die von Frau Gewehr angeblich als ausländerfeindlich zu verstehenden Beiträge auf Herrn Papenbergs Privatseite weggelassen, weil sie offenbar nicht in diesem Sinne zu verstehen sind.

Ferner verschweigt Herr Szymaniak, daß eine zentral herausgestellte Quelle für eine im negativen Sinne bundesweite Bekanntheit der AfD-Facebook-Seite (auf tagesschau.de) sich als nicht haltbar erwiesen hat.

Der damit in Zusammenhang stehende Vorwurf der Verbreitung von Falschnachrichten fällt damit in sich zusammen. Im übrigen hat Herr Szymaniak die Position der Rechtsprechung, daß das Teilen von Inhalten nicht automatisch als Zustimmung zu werten ist, nicht angezweifelt.

Herr Szymaniaks Artikel ist im Internet nicht einsehbar, sondern vielmehr hinter einer Bezahl-schranke verborgen. Damit ist es dem Nutzer nicht möglich, sich ein eigenes Bild von den Qualitäten dieses Journalisten zu machen. Wir behalten uns vor, darauf noch gesondert zurückzukommen.

Oberhausen, 26. 3. 2020.